

Rohstoffbranche sieht sich durch
Verfahrensunterlagen in zentralem Kritikpunkt bestätigt

OVG-Verfahren bringt brisante Zahlen ans Licht: Genehmigte Kiesvorräte reichen nur noch für fünf Jahre

Niederrhein/Münster, 10. Juni 2026 - Kurz vor der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen zum Regionalplan Ruhr bringen jüngst ins laufende Gerichtsverfahren eingebrachte Unterlagen eine alarmierende Tatsache ans Licht. Sie zeichnen nämlich ein deutlich anderes Bild der tatsächlichen Rohstoffversorgung in der Region als die ständig zitierten Monitoringberichte.

Während sich Gegner neuer Gewinnungsflächen seit Jahren auf die Angaben des Geologischen Dienstes berufen und auf eine rechnerische Versorgungsreichweite von mehr als 20 Jahren verweisen, zeigen die bisher unbekanntenen Berechnungen der Regionalplanungsbehörde, die Bestandteil der Gerichtsakten sind, eine deutlich kritischere Realität: Danach reichten die tatsächlich genehmigten Restmengen für Sand und Kies Anfang 2021 nur noch für rund sieben Jahre. Für den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Regionalplans Ruhr im Jahr 2024 wurde dieser Wert auf lediglich rund fünf Jahre fortgeschrieben. „Uns liegen die entsprechenden Unterlagen aus dem Verfahren vor. Sie belegen schwarz auf weiß, wie es tatsächlich um die Versorgungssicherung steht“, erklärt Sascha Kruchen, Geschäftsführer von *zukunfft niederrhein*.

21 Jahre in der Debatte, fünf Jahre in den Genehmigungen

Nach Auffassung der Initiative bestätigt sich damit ein Einwand, den die Sand- und Kiesunternehmen schon lange vortragen: Die Reichweiten des Abgrabungsmonitorings dürfen nicht mit tatsächlich verfügbaren Vorräten gleichgesetzt werden. Denn das Monitoring erfasst auch Flächen, die zwar geologisch Rohstoffe enthalten, für eine Gewinnung aber aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Verfügung stehen, etwa wegen der Eigentumsverhältnisse, konkurrierender Nutzungen, naturschutzrechtlicher Restriktionen, mangelnder Wirtschaftlichkeit oder unzureichender Rohstoffqualität.

„Seit Jahren wird von Teilen der Politik und der Kiesgegnerschaft der Eindruck vermittelt, die Region verfüge noch über Rohstoffvorräte für mehrere Jahrzehnte. Die jetzt vorliegenden Zahlen zeigen jedoch, dass die tatsächlich genehmigten und damit real verfügbaren Vorräte schon kurz vor Inkrafttreten des neuen Regionalplans nur noch wenige Jahre ausgereicht hätten. Genau auf diese Diskrepanz haben wir immer hingewiesen und sie ist tatsächlich noch größer als wir befürchtet hatten.“

Die Versorgungslücke ist keine Zukunftsfrage

Besonders besorgniserregend ist aus Sicht der Initiative, dass diese Situation keine theoretische Zukunftsbetrachtung darstellt. Seitdem der Regionalplan rechtskräftig ist, sind nämlich nahezu keine neuen Gewinnungsprojekte genehmigt worden. Die Situation spitzt sich also eher zu und die neu ausgewiesenen Flächen werden dringend gebraucht. Ein Erfolg der Klagen der Kommunen gegen den Regionalplan würde die eigentliche Herausforderung dementsprechend weiter verschärfen.

„Die Versorgungslücke liegt nicht irgendwann in der Zukunft. Sie ist bereits heute das zentrale Problem. Mit jedem Jahr werden genehmigte Vorräte genutzt. Umso unverständlicher ist es, wenn weiterhin Genehmigungsstopps, ein Ausstieg aus der heimischen Rohstoffgewinnung oder die Streichung neuer Gewinnungsflächen gefordert werden“, so Kruchen.

Am Ende zahlen Bürger und Kommunen die Rechnung

Die Folgen einer weiteren Verknappung wären weit über die Rohstoffwirtschaft hinaus spürbar. Die aktuelle Rohstoffstudie der NRW-Landesregierung prognostiziert für das Jahr 2035 weiterhin einen Bedarf von mehr als 50 Millionen Tonnen Sand und Kies. Gleichzeitig sind die Preise für Sand und Kies in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zehn Jahren bereits um rund 90 Prozent gestiegen.*

„Wer die heimische Rohstoffversorgung weiter einschränkt, verteuert nicht nur das Bauen. Er verteuert Straßen, Brücken, Schulen, Energiewende und damit zentrale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.“ Besonders kritisch ist das vor dem Hintergrund der finanziellen Lage vieler Städte und Gemeinden: „Zahlreiche Kommunen kämpfen bereits heute mit Rekorddefiziten und gleichzeitig mit einem gewaltigen Investitionsstau. Die Rechnung für eine unsichere Rohstoffversorgung landet am Ende nicht bei Gerichten oder Behörden. Sie landet in den Haushalten unserer Städte und Gemeinden und damit bei den Bürgerinnen und Bürgern.“

Mit Sorge blickt die Initiative auch auf andere Planungsregionen. So weist das aktuelle Abgrabungsmonitoring für den Regierungsbezirk Düsseldorf derzeit rechnerische Reichweiten von knapp 29 Jahren aus. Nach Berechnungen der Branche werden die tatsächlich genehmigten Vorräte auch dort bereits in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Die jetzt bekannt gewordenen Zahlen für die Region Ruhr sollten deshalb ein Weckruf sein. Nordrhein-Westfalen darf sich bei unverzichtbaren Baurohstoffen nicht in theoretischer Sicherheit wiegen. Entscheidend sind nicht die Rohstoffe, die irgendwo im Boden liegen, sondern die Rohstoffe, die tatsächlich gewonnen werden dürfen.

„Es geht nicht um die Interessen einer Branche. Es geht um die Frage, ob wir auch künftig bezahlbaren Wohnungsbau, leistungsfähige Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen wollen. Wer die heimische Rohstoffversorgung schwächt, gefährdet langfristig einen Teil unseres Wohlstands“, so Kruchen abschließend.

** Quelle: IT.NRW / Mai 2026*

Mitglied in der Initiative *zukunft niederrhein* sind:

GMG Sand und Kies GmbH & Co. KG / Gossens GmbH / Heeren-Herkener Kiesbaggerei GmbH / Holemans GmbH / Hülskens Holding GmbH & Co. KG / Kieswerk Grotendonk GmbH / Niederrheinische Dienstleistungsgesellschaft für Kies und Sand mbH / RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG / Siemes Sand- und Kiesbaggerei GmbH & Co. KG / Teunesen Sand und Kies GmbH / Theo Kuypers Kiesbaggerei GmbH / Welbers Kieswerke GmbH / J. Klösters Kies & Beton GmbH / Frika-Kies GmbH & Co. KG

Pressekontakt

Sascha Kruchen
Geschäftsführer *zukunft niederrhein*
Mobil: 0171 813 97 99
E-Mail: kruchen@zukunft-niederrhein.de